

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-62916](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-62916)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in 1/2 Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus

VI. Jahrgang.

Freitag, den 9. November 1849.

N^o 90.

Demokratische Forderungen in Bezug auf das Militair.

I.

Während die Reaction eifrig bemüht ist, Alles auf den vormärzlichen Stand zurückzuführen, wird sie in einem Punkte gewiß auf die volle Mitwirkung der Demokraten rechnen dürfen. Es ist das die Reduction des Militairs auf $1\frac{1}{2}$ pCt. der Bevölkerung nach der Zählung von 1818; — ja manche Demokraten würden sogar nichts dagegen haben, wollte man selbst auf das s. g. uralte Corps von einigen hundert Mann zurückgehen. Im scheinbaren Einverständnis mit jenen Bestrebungen, welche auch die letzte Spur der Märzherbeutung verwischen möchten, verlangt die demokratische Parthei mindestens die Auflösung der Reiterei und des 5. Bataillons und die Zurückführung der Artillerie auf eine Batterie, wosfern nicht die Kosten der zweiten Batterie auch ferner von den freien Städten getragen werden. — Hier jedoch wie so oft im politischen Leben wird man sich vielleicht mit Abschlagszahlungen begnügen müssen. — Die Gegenparthei wird geltend machen, wie schwer es sei, ein Reiterregiment aus dem Nichts zu schaffen, sie wird darauf hindeuten, wie leicht zwingende Verhältnisse wieder einmal von Oldenburg die Aufstellung der Reiterei verlangen könnten und wird daher wenigstens 2 Schwadronen, oder doch eine als Stamm beibehalten wollen. Aehnlich wird sie für die Artillerie wenigstens eine solche Zusammensetzung der einen Batterie verlangen, welche die Aufstellung einer zweiten möglichst erleichtere. Mit noch mehr Grund wird sie nachweisen, daß, so lange Birkenfeld und Gutin mit dem Hauptlande verbunden sind, eine Formation der dortigen waffenpflichtigen Mannschaft in vollständige Compagnien beibehalten werden müsse und daß diese Compagnien einem Oldenburgischen Bataillone nicht wohl zugetheilt

werden könnten. — Diesen Geltendmachungen gegenüber wird die demokratische Parthei an ihrer einfachen Forderung festzuhalten haben: so wenig stehendes Militair, in so wenig Abtheilungen als möglich. Glaubt man die Wehrkraft des Landes nicht allzusehr schwächen zu dürfen, so bilde man durch Einexercirung von Landwehr-Rekruten während 4—6 Wochen in den Hauptorten jedes Kreises eine zahlreiche Reserve aus, welche zugleich die Möglichkeit gewährt, auch in Kriegzeiten die Verabschiedung nach 6-jähriger Dienstzeit eintreten zu lassen. Daß der Stamm an Officieren und Unterofficieren nicht zu sehr vermindert werde, wird sich in Folge einer Reduction von selbst ergeben.

Fast eben so wichtig wie diese Ersparnisse im Großen, ist die Verwendung der Gelder im Einzelnen. — Hier fällt dem Demokraten zuerst die zu hohe Befoldung der höheren Officiere auf. — Der Hauptmann ist mit 600—800 Rthlr. (anstatt 700—1000 Rthlr.) hinlänglich besoldet (die französischen, österreichischen u. Hauptleute beziehen einen weit geringeren Sold). Die Stabs-officiere und Generale hätten nicht mehr als 1000 Rthlr. zu beziehen. Alle höheren Posten sind weit mehr Ehren- als Mühe-Posten und es bedarf sicherlich nicht der hohen Befoldungen, um stets geeignete Männer dafür zu gewinnen. Allerdings könnte damit der Zudrang zu den höheren Stellen, bei der meistens damit verbundenen größeren Verantwortlichkeit, abnehmen und ältere ruheliebende Männer das Avancement anschlagen, nie würde es aber an thatkräftigen jungen Männern fehlen, die den größeren Wirkungskreis einem kleineren vorzögen.

Die hier zu ersparenden Summen betragen etwa bei 24 Hauptleuten à durchschnittlich 150 Rthlr. = 3600 Rthlr., 8 Stabs-officieren à etwa 500 Rthlr. = 4000 Rthlr., 1 General circa 1200 Rthlr. macht (die Cavallerie ungerechnet) circa 8800 Rthlr.

Gegenwärtig bezieht ein Hauptmann erster Classe

an Gehalt und Quartiergeld monatlich 92 Rth. 24 gr. — während die Löhnung der ganzen Friedensstärke einer Compagnie: 1 Feldwebel, 13 Unterofficiere, 4 Spielleute und 26 Gemeine sich nur auf circa 108 Rthl. beläuft. — So lange die Soldaten geworben wurden, und so lange später die Wehrpflicht bei gestatteter Stellvertretung fast ausschließlich auf dem ärmeren Theile des Bauernstandes lastete, wurde das Unzureichende der Löhnung des Soldaten wenig empfunden. Die Leute waren wenigstens keine bessere Lebensweise gewohnt, als ihnen durch Löhnung und Verpflegung geboten wurde. — gab es doch Einzelne, die selbst von diesen wenigen Groten noch Thaler zusammen zu sparen wußten. Jetzt aber, wo Jeder ohne Unterschied Soldat werden muß, sobald ihn das Loos trifft, sollte man nicht verlangen, daß der Betroffene neben dem großen Opfer, welches er an Zeit und Kräften bringt, auch noch ein Geldopfer bringe, um sich während der Dienstzeit so zu halten, als er in seinen bisherigen bürgerlichen Verhältnissen gewohnt war. Jeder Grotknecht, Matrose, Handlungsdienner, Gesell oder andere Wehrpflichtige, der schon auf eigenen Füßen stand, setzt seine Sparfennige während der Dienstzeit zu. — den Zuschuß, welchen die Mutterföndchen der s. g. höheren Classen brauchen werden, darf man außer Acht lassen. Nach den jetzigen Nahrungsverhältnissen wäre die Löhnung auf 8—12 Grote täglich festzusetzen. — wogegen dann die Feldzulage fortzufallen würde. —

In der Schweiz kommt jeder bei der Zahne befindliche Gemeine täglich beinahe auf 1 Gulden zu stehen (die Leute müssen ja für ihr Versäumnis entschädigt werden, heißt es), bei uns etwa auf 14 Grote, das ist das Drittel.

Bei Besoldung der Unterofficiere ist mehr als bisher zwischen solchen Unterofficieren zu unterscheiden, die es bei Ableitung ihrer Wehrpflicht angenehmer finden, als Unterofficiere zu dienen und so jung im Dienst sind, daß sie mehr noch selbst ausgebildet werden müssen, als sie bei Ausbildung der Mannschaft selbstthätig eingreifen; und solchen, die über die 6-jährige Dienstzeit hinaus den Soldatenstand zu ihrem Lebensberuf erwählt haben. Während erstere sich mit einer geringeren Löhnung begnügen mögen, müssen letztere nach Maßgabe ihrer Dienstzeit besonders dann besser besoldet werden, wenn sie sich verheirathen. Mit den, ihnen gleichfalls zuzusprechenden vollständigen Rechten aller übrigen Staatsdiener, sind zugleich bei Bemessung etwaiger Pensionsansprüche alle die Bezüge (Portion, Brod, Kleidung, Wohnung u.) in Anrechnung zu bringen, welche gewöhnlich nicht in baarem Gelde empfangen werden. —

Mit der höheren Löhnung der Mannschaft tritt dann mehr noch als jetzt die Nothwendigkeit ein, die Dienstzeit auf das Aeußerste zu beschränken.

Aufgeweckte und dabei körperlich gewandte junge Leute (und dahin nehme ich bei aufgehobener Stellvertretung etwa $\frac{1}{3}$ der Wehrpflichtigen) lassen sich in höchstens 3 Monaten zu tüchtigen Soldaten ausbilden. Ein anderes Drittel der Mannschaft wird etwa die doppelte Zeit zu ihrer Ausbildung erfordern, — der Rest endlich (sei es, daß er durch zu harte Arbeit oder sitzende Lebensweise heif und ungeschickt geworden, oder daß er geistig zu wenig entwickelt ist, um die einfachen Pflichten eines Soldaten auf Verposten u. s. w. fassen, geschweige denn über etwas Geschickliches oder Erlebtes eine zusammenhängende Meldung machen zu können) bedarf allerdings der längeren Dienstzeit eines Jahres und während derselben einer Wiederholung des Elementar-Unterrichts im Lesen und Schreiben u. s. w. — Wie eng der Jugendunterricht mit der Brauchbarkeit der jungen Leute im Soldatenstande zusammenhängt, ergiebt sich daraus, daß fast ohne Ausnahme solche Wehrpflichtige, die nicht einmal schreiben können, nicht bloß die ungeschicktesten und begrifflosesten, sondern meistens auch die böswilligsten sind. — Ueber diese Dienstzeit hinaus sollte die Mannschaft nur zu größeren Uebungen, die besonders der Vorgesetzten wegen nothwendig sind, zusammengezogen werden. — Das jetzige System einer 15- bis 18-monatlichen Dienstzeit scheint eng mit der früheren umfassenden Betreibung des Wachdienstes zusammen zu hängen. — Die im Laufe des Jahres ausgebildete Mannschaft mußte die Posten besetzen, während die Rekruten einexercirt wurden — sie schritt in ihrer Ausbildung schon deshalb nicht erheblich fort, weil die besten Lehrkräfte von den Rekruten in Anspruch genommen wurden.

Daß bei solcher Abkürzung der Dienstzeit die Ersparung groß bleiben würde, auch wenn man die Löhnung verdoppelte, springt in die Augen; — der Gewinn an Arbeitskräften für den bürgerlichen Beruf ist schwer zu schätzen.

„Aber wo bleibt die Disciplin?“ höre ich alle „erfahrenen Militairs“ ausrufen. — Die Disciplin befestigt sich nicht immer mit der Dienstzeit. — häufig gilt das Gegentheil. So lange der junge Soldat lernt und fortschreitet, ist er gehorsam und willig und sieht mit Respekt an seine Lehrer und Vorgesetzte hinauf. — hat er aber Alles gelernt, was mit Rücksicht auf die minder Befähigten gelehrt werden kann, glaubt er sich mithin zwecklos beschäftigt, so studirt er die Schwächen seiner Vorgesetzten, um sich von den Dienstleistungen möglichst frei zu machen und weiß dann seine freie Zeit selten

passend auszufüllen. Erfahrungsmäßig kommen Disciplinarstrafen selten bei Rekruten, — häufig aber bei ungenügend beschäftigter älterer Mannschaft vor.

Eine andere Forderung betrifft das Heirathen der Militär-Personen, besonders der Officiere. — Die Bedingung, daß neben dem Dienst Einkommen ein gesicherter Zuschuß von mindestens 300 Rthlr. Gold jährlich nachgewiesen werden muß, ist streng genommen fast eine unmoralische zu nennen.

Eben sollten, wenn auch nicht im Himmel, doch nach Neigung, nicht nach Geld geschlossen werden — und es ist nicht abzusehen, weshalb hier die Officiere eine Ausnahme machen sollten. Dürfen doch Schullehrer, Revisoren, Steuerräucher, Amtsboten und andere Staatsdiener ohne derlei Beschränkungen heirathen. — Sollte dabei die Ansicht zum Grunde liegen, daß der Officier seinem Stande gemäß leben müsse, so fragt man billig, was der Stand mit äußerem Luxus zu schaffen habe. Das Vorurtheil, daß gewisse Stände Wein trinken müßten, wo andere süßlich mit Wasser oder Bier ausreichen, werden die Demokraten leicht zu bekämpfen wissen. Daß es möglich sei, mit Familie von der Gage eines Lieutenants zu leben, beweisen manche von den legeternannten Officieren — sollten sie sich gedrückt fühlen, so liegt dies sicherlich nur in der Vergleichen mit anderen besser gestellten Kameraden, welche bisher nach Vermögen heirathen mußten. Es handelt sich in dieser Frage nicht bloß um die Vereitigung eines Standesvorurtheils, nicht bloß um die Begründung manches häuslichen Glücks, nein, es ist zugleich eine Frage der Moralität. — Wie schwer es sei im ledigen Stande, ohne Hoffnung auf eine wenn auch späte Heirath nach Keigung, die Keuschheit zu bewahren, darin werden gewiß Reactionäre und Demokraten mit mir übereinstimmen.

Erklärung.

In den Neuen Blättern Nr. 88, hat ein ungewisser Angenannter in einer Anmerkung gesagt: „Ein gewisser Beckhausen geht jetzt bei den Beschwerdeführern umher und sucht ihnen einzureden, wenn auf ihre Veranlassung eine neue Wahl zu Stande käme, müßten sie sämtliche Kosten derselben bezahlen; fordert sie auf, schriftlich ihre Zufriedenheit mit den gewählten Abgeordneten zu erklären und dergleichen.“ Ich nehme an, daß der Redacteur der Neuen Blätter, Herr Räder, der ungewisse Verfasser jener Anmerkung ist. Ich will auch annehmen — denn ich mag von Niemandem, auch selbst nicht von Herrn Räder, immer grade das Aller schlechteste denken — ich will also annehmen, daß der ungewisse Herr Räder hier nicht vorsätzlich eine Lüge hat sagen wollen, sondern nur, daß er leichtsinnig, auf ein ungewisses Gerücht hin, über mich, den „gewissen“ Beckhausen, eine Unwahrheit niedergeschrieben hat. Denn eine Unwahrheit ist es, die jene Anmerkung enthält; ich habe nicht zu den Urwählern, denen nicht gekündigt worden ist, gesagt, daß sie die Kosten, welche eine Neuwahl herbeiführen würde, tragen müßten, sondern ich habe zu den Kündigern selbst gesagt, ihnen würde alles zur Last

gelegt werden können, wenn eine Neuwahl veranstaltet werden müßte, weil sie eben die Kündigung, die ihnen oblag, nicht gehörig beschickt hätten; und daß ich hierin recht hatte, wird mir doch der ungewisse Herr Räder als Rechtsgelehrter zugestehen müssen. Oder meint Herr Räder, ich hätte darin unrecht gehandelt, daß ich zu einigen Kündigern gesagt habe, sie möchten ihren Fehler dadurch wieder gut zu machen suchen, daß sie mit mir gingen zu den Urwählern, die sie mit ihrer Kündigung übergangen hätten, um diese zu befragen, ob sie mit der ohne sie zu Stande gekommenen Wahl zufrieden seien oder nicht? Wahrscheinlich meint er das, denn er hätte gar zu gern gesehen — das hat er in der Landtags-Sitzung am 5. November bewiesen — daß die Wahl in der Landgemeinde Oldenburg umgestoßen werde.

Beckhausen.

Auf die Oldenburger Zeitung,

welche sich bis jetzt sehr vortheilhaft durch ihren that-sächlichen Inhalt ausgezeichnet hat, und dadurch sowohl als besonders durch ihren billigen Preis von 2 Rthlr. jährlich eine größere Aufmerksamkeit im Publikum verdient wird, wie wir hören, von dem Verleger Gerhard Stalling für die beiden Monate November und December d. J. noch ein besonderes Abonnement zu 24 gr. eröffnet werden. Zweck dieses Abonnements ist, daß die Zeitung denjenigen, welche sich kurz mit den auf dem Landtage verhandelten Gegenständen bekannt machen wollen, das Wesentliche aus den Verhandlungen in bündigen Auszügen schnell mittheilen wird. Da dies Manchem von Interesse sein möchte, so verfehlen wir nicht, darauf aufmerksam zu machen.

Der allgemeine Landtag

wurde am Dienstag, den 6. Nov. in Gegenwart des Ministeriums durch den Minister Schloifer mittelst einer schriftlich abgefaßten Rede im Namen des Großherzogs eröffnet. Der wesentliche Inhalt der Rede betraf die Ratification des Beitritts Oldenburgs zu dem Berliner Bündniß; die Beweggründe zu dieser Ratification wurden in einem später überreichten Schreiben des Ministeriums mitgetheilt. Ferner wurde hervorgehoben, daß „jede thunliche Ersparung in den Staats-Ausgaben,“ in sofern dies möglich, eingetreten sei, und daß mehr Gesetzentwürfe dem Landtage vorgelegt werden sollten etc. — Zum Präsident, vorläufig auf 4 Wochen, wurde alsdann der Abg. Kitz, zum Vicepräsident der Abg. Banerag, zu Secretären die Abg. Tappenbeck, Clausen und Strackerjan und zum Säckelmeister der Abg. Sprenger gewählt. — Die Veröffentlichung der Verhandlungen wird wieder wie früher durch stenographische Berichte geschehen.

In der Sitzung am 7. wurden verschiedene Ausschüsse gewählt, worunter wir den für Begutachtung des Anschlusses an das Berliner Bündniß hervorheben und in welchen die Abg. Wibel, Dannenberg, Mülling, Kitz, v. Finkh, Räder und Müller, also 4 von den früheren Gegnern und zwar mit großer Majorität, gewählt wurden.

Theater.

Dienstag, den 30. Octbr.: „Der Pfuff“, verpufftes Lustspiel nach Scribe von Börnstein.

Donnerstag, den 1. Novbr.: „Dornen und Lorbeer.“ Drama in 2 Aufzügen nach G. Lafont, von W. Friedrich. — Herr Schneider (Meister Michael), Frau Dietrich (Stefano), Fräulein Löhn (Leonore) waren hier neu in diesem Stücke und führten ihre Rollen eben so befriedigend aus wie ihre Vorgänger. Herr Wenzel, der in der Rolle des Bildhauer Nolla gleichfalls neu war, zeichnete sich sehr vortheilhaft aus; er übertraf weit unsere Erwartung, und wurde am Schlusse gerufen. Ueberhaupt fanden wir zu unserer Freude, daß Herr Wenzel einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan hat und daß er seine Ferien gut benutzt haben muß. Wir sind aber auch — trotz alle dem und alle dem — vermessen genug zu glauben, daß die Andeutungen unserer „ungeübten Feder“ zu diesem Schritte vorwärts ein klein wenig mitgewirkt haben. Hierauf: „Die junge Withe.“ Lustspiel in 1 Act, nach dem Französischen von Bots. — Fräulein Kamler (Frau von Lucy) und Herr Dietrich (Jean Champenou) zeichneten sich hier. Erstere durch ein leichtes, fein nuancirtes Spiel und Letzterer durch eine passende und wirksame Komik aus. — Herr Wenzel (Eduard) hätte im Ganzen ein wenig mehr Leichtigkeit und Ungezwungenheit zeigen können, zu berücksichtigen ist hier freilich, daß er eben vorher im ersten Stücke, einen ganz entgegengesetzten Character dargestellt hatte.

Sonntag, den 4. Novbr.: „Geistige Liebe.“ Lustspiel in 3 Acten von Dr. Fr. Lederer. — Wurde mit derselben Besetzung (außer Fräulein Kamler, welche diesmal die Jenny Eichfeldt gab) wie im vorigen Jahre wieder recht gut gegeben. Hierauf: „Wallensteins Lager“ von Schiller. — Das Zusammenspiel war ziemlich gut. Lobend erwähnen müssen wir Herrn Berninger als Wachtmeister hinsichtlich des Vortrags, im Uebrigen hätte er nicht so invalide, sondern mehr kernig und soldatisch auftreten sollen. — Die Kapuzinerrede des Herrn Jenke l. ging spurlos vorüber. An der Rede lag das sicher nicht, also wohl an dem Redner. — Herr Häser l. (Erster Jäger) und Herr Moltke (Erster Kürassier) hatten einen passenden und feurigen Vortrag. Frau Dietrich als Marktenderin ist gleichfalls lobend zu erwähnen. —

Dienstag, den 6.: Zum Benefiz des Herrn Moltke: „Wallensteins Tod.“ Trauerspiel in 5 Acten von Schiller. — Zuerst müssen wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß diese Vorstellung so äußerst schwach besucht war. Die Kunststreichergesellschaft des Herrn Kenz, die hier gegenwärtig jeden Abend Vorstellungen giebt, scheint das vergnügenliebende Publikum Oldenburgs ganz und gar in Beschlag genommen zu haben. Trotz dem aber, daß es so leer war, gaben sich doch die Schauspieler alle Mühe, ihre Aufgabe nach Kräften zu lösen. — Herr Moltke spielte den Wallenstein zum erstenmal. Die Maske war frappant ähnlich — ein

ächter Wallensteinkopf. Wir haben zwar nie Gelegenheit gehabt, den rechten Wallenstein persönlich kennen zu lernen; allein wir kennen Portraits von van Dyck, die dem Moltkeschen Wallenstein so ähnlich sind, als wenn dieser dazu geessen hätte. Wenn nun aber Hr. Moltke nur den äußern Wallenstein hergestellt hätte, so wäre das eben weiter nichts als „wie er sich räupert und wie er spuckt“; allein Hr. Moltke glückte es auch meist mit dem geistigen Individuellen des Wallenstein — es war etwas von seinem Geiste in ihm. Für die Zukunft müssen wir jedoch Herrn Moltke darauf aufmerksam machen, als Wallenstein den Ausdruck der Leidenschaft, der heftigen Gemüthsbewegung mehr zu mächtigen, besonders bei der Nachricht von Octavio's Untreue gegen ihn. An dem großen Haupte Wallensteins ist schon manches rauhe Jahr vorüber gegangen und die Gemüthsbewegung äußert sich bei ihm nicht so wie bei einem Jünglinge. Der letzte Act gelang Herrn Moltke übrigens vortreflich. — Herr Bluhm (Octavio). Gute Maske — im Ausdruck zu jugendlich, zu heftig. — Die Herren Wenzel (Wrangel) und Steinmetz (Gederström) hatten beide einen vortreflichen Vortrag. — Herr Häser l. (Max) und Frau Bluhm (Thekla), beide gleich ausgezeichnet. — Die Damen Höffert (Herzogin) und Gabilon (Gräfin Terzky) gut. — Der Buttler des Herrn Schneider wollte uns in so fern nicht gefallen, als er zu seine Manieren zeigte. — Die Uebrigen waren mehr oder weniger an ihrem Plage.

Der Beobachter.

Für die Flüchtlinge in der Schweiz sind ferner eingegangen: Von D. a. L. 18 gr.; von H. G. 24 gr.; von W. 40 gr.; von B. 12 gr.; von R. 12 gr.; von G. auf D. 36 gr.; von H. B. in D. (in einer Gesellschaft gesammelt) 1 Rthlr. 24 gr.; von B. in 3. 5 Rthlr. Gold.

Kirchliches.

Vom 2. bis 8. Novbr. sind in der Oldenb. Gemeinde

I. Copulirt: 102) Johann Carl Peter Pleitner und Anna Catharine Thormählen, Oldenburg. 103) Christian Friedrich Bernhard Menaber und Christiane Louise Schmidt, Oldenburg.

II. Getauft: 278) Anna Glise Johanne Bohlen, Moorhausen. 279) Helene Johanne Sophie Wiedmann, Nadorf. 280) Johann Christian Heinrich Dinklage, Heil. Geistthor. 281) Anna Helene Dhlhoff, Gverfen.

III. Beerdigt: 276) Carl Ludwig Hahn, Hospital, 59 J. 277) Albert Christian Kerkow, Hospital, 28. J. 278) Gesche Wehlau geb. Kortlang, Heil. Geistthor, 66 J.

Sonntag, den 11. November, predigen in der Lambertikirche:

Frühpredigt: Herr Pastor Gröning.	Auf. 8 1/2 Uhr.
Hauptpredigt: „Pastor Greverus.	„ 10 „
Nachm.-Pred.: „Kirchenrath Clausen.	„ 2 „

Einfendungen werden unter der Adresse:

An die Redaction des Beobachters in Oldenburg in der Verlagshandlung unfrankirt angenommen.

Redacteur: Wilhelm Galberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{4}$ Bogen. Der Vorausbezahlungsvreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postworts, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Dienstag, den 13. November 1849.

N^o 91.

Jedem das Seine, so auch dem Herrn ...b...

Ich wollte den „Volksfreund“ nicht lesen. Als „Mittheiler“ wollte er vorwärts, als „Volksfreund“ rückwärts, bald, — dachte ich, — geht er rundum, wie ein Hammel in der Drehkrankheit, was thu' ich damit.

Man widersprach meiner Ansicht: Das Kaleidoskop der Oldenburger Presse sei total unvollständig ohne den „Volksfreund“, — und ich las ihn. Dieser glücklichen Wendung verdanke ich das Vergnügen Ihrer Bekanntschaft, werthe Herr ...b.... Lassen Sie sich — ich muß mir vor Allem die Bitte erlauben — doch ja irgendwo versichern; es wäre schade um Ihre Feder und um Ihren Verstand, und wer sieht Ihnen sonst dafür. Den Fall des Selbstmordes dürfen Sie aber nicht ausrechnen lassen bei der Versicherung, denn Sie incliniren sehr dazu; Ihr rückwärts-rother Aufsatz in Nr. 89. des Volksfreundes war in der That schon ein halber Selbstmord. Ich bedaure Jeden, der so Etwas nicht zu lesen bekommt. Sie sagen an einer Stelle: „der Verstand klebt an der Erde, an der nüchternen Wirklichkeit, an der rein menschlichen Wahrheit“. Sie sollten bei solchen Voraussetzungen aus eigener Erfahrung mißtrauischer gegen sich selbst sein, und nicht zugleich gegen „Wirklichkeit und Wahrheit“ eine Menge kleiner Begehungs- und Unterlassungssünden begehen.

Sie werfen dem Landtage, weil er „mit großer Majorität“ (33 gegen 6) einen Beschluß gefaßt hat, der jenen 6 und Ihnen, — mein Verehrter, — nicht recht ist, die gemeinsten Beleidigungen und Schimpfreden an den Hals. Ein vernünftiger Mensch würde das nicht gethan haben, — namentlich wenn er constitutionell sein will, — sondern er würde bedacht haben, daß ein Beschluß der Mehrheit der Landesvertreter, wenn er ge-

setzlich nicht anzufechten ist, unantastbaren Bestand haben muß und daß man durch Schimpfen die Gegensätze immer weiter auseinander treibt und Blut statt Frucht, Kampf statt Einigung säet.

Aber das ist an Ihnen, Liebwerthester, grade die interessante Konsequenz. Sie können ohne Achtung vor Mehrheitsbeschlüssen zu; die Reaction, der Absolutismus will keine Beschlüsse von Mehren, keine Landesvertretung. Sie, mein Bester, gehören wahrscheinlich zu dem Geschlechte des Sphneumon. So wie dieser die Crocodilleier und dergleichen Ungezieferfaat aus dem Mißschlamm mit seinem langen Rüssel aufwühlt und verschlingt und also Augen schafft, so versuchen Sie und Genossen das Repräsentativ-System zu ihrem Nutzen und Anderer Bedauern zu unterwühlen und zu verschlingen, und was den Kampf und die blutige Frucht anbetrifft, die etwa nach Schmähen und Schimpfen auflaufen dürfte, so können Sie ohne Sorge sein. Sie werden den Braten früh genug riechen und dann, je nachdem der Anschnitt ist, entweder schon Prinzenerzieher oder wieder „Mittheiler“ im Sinne des Fortschrittes jener Zeit sein.

Wenn Sie an einer andern Stelle hervorheben, daß Böckel's Stimme „näselnd“ sei und damit zu wirken suchen, so scheinen Sie danach wieder zu den „bescheidenen Zuhörern zu gehören, deren geringer Verstand“, — wie Sie sagen — „bei Mölling's Deduction gelitten hat.“

Wenn Sie ferner die Frage, ob es gut zu heißen sei, daß die Kündigung an vielen Orten, namentlich auch in der Oldenburger Landgemeinde unvollständig geschehen, oder gar ob der unteren Volksklasse ihr Wahlrecht verkümmert werden dürfe? mit der Frage verwechseln, ob vorliegende Wahlen zu beanstanden sind?

Wenn Sie sodann den Art. 17. des Wahlgesetzes

